



## **Handel fordert klare Zukunftsperspektiven und wirksame Hilfsprogramme – Zwei Drittel der Innenstadthändler in Existenzgefahr – Anhaltender Lockdown drückt Verbraucherstimmung**

Angesichts der Beschlüsse zu einer Verlängerung des Lockdowns im Non-Food-Handel fordert der Handelsverband Deutschland (HDE) einen klaren Fahrplan zur Wiedereröffnung der Geschäfte und eine Anpassung der staatlichen Hilfen. Außerdem sollte die Einschränkung der Bewegungsfreiheit in Hotspots auf einen Umkreis von 15km rund um den Wohnort nicht für den Einkauf sowie Click & Collect gelten. „Den Lockdown einfach nur zu verlängern und keinerlei Perspektiven oder Pläne für eine Wiedereröffnung der Geschäfte zu präsentieren, ist zu wenig. Die geschlossenen Handelsunternehmen brauchen jetzt klare Aussagen, unter welchen Bedingungen sie wann ihren Betrieb wieder aufnehmen können“, so HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. Derzeit sei nicht eindeutig geklärt, bei welchen Corona-Zahlen und Inzidenzwerten mit einer Lockerung für den Einzelhandel gerechnet werden könne. Die Handelsunternehmer aber müssten entscheiden, ob sie Ware bestellen und Marketingmaßnahmen planen. Dafür bräuchten sie zumindest eine einigermaßen zuverlässige Grundlage. Zudem moniert der HDE, dass die staatlichen Hilfen auch weiterhin für viele notleidende Händler keine wirksame Unterstützung bringen. „Für den Handel steht die schnelle Eindämmung der Pandemie an erster Stelle. Wenn die Politik dazu aber den Non-Food-Handel schließt, dann muss sie auch die entstehenden wirtschaftlichen Schäden abfedern. Da muss der Bundesfinanzminister Wort halten“, so Genth weiter. Große Teile einer Branche in den künstlichen Winterschlaf zu schicken, ohne gleichzeitig für entsprechende Notunterstützung zu sorgen, sei extrem kurzsichtig. Die aktuell verfügbaren und angekündigten Überbrückungshilfen seien für den Einzelhandel nicht passend. Zudem kommt selbst das bereits zugesagte Geld gar nicht oder zu spät an. Der Einzelhandel insgesamt erhielt im vergangenen Jahr 2020 Überbrückungshilfen in Höhe von 90 Millionen Euro. Der vom Lockdown betroffene Nonfood-Handel aber verzeichnete im selben Zeitraum 36 Milliarden Euro Umsatzminus durch die Pandemie und die damit verbundenen Schließungen. Die staatlichen Hilfen reichten dabei nicht einmal annähernd für die Begleichung der Fixkosten. Denn diese lagen bei den betroffenen Händlern gleichzeitig bei rund zwölf Milliarden Euro. „Der Bundesfinanzminister muss sich jetzt bewegen. Wenn die Hilfen nicht angepasst werden, gibt es für viele Händler keine Zukunft mehr. Es zeichnet sich eine Pleitewelle ab, wie wir sie noch nicht erlebt haben“, so Genth weiter.

Für die Nutzung von Click & Collect und den Einkauf im Lebensmittel-einzelhandel drängt der HDE darauf, Ausnahmen bei den Mobilitäts-beschränkungen in Hotspots festzulegen. Ansonsten nehme man vielen geschlossenen Händlern eine der letzten Möglichkeiten, wenigstens noch einigen Umsatz zu erzielen. Zudem werde dem Lebensmittelhandel damit die Versorgung der Bevölkerung unnötig erschwert.

Eine aktuelle Trendumfrage des Handelsverbands Deutschland (HDE) unter mehr als 700 Händlern zeigt, dass sich knapp zwei Drittel der Innenstadthändler in Existenzgefahr sehen. Drei Viertel der Händler geben an, dass die staatlichen Hilfen nicht ausreichen, um eine Insolvenz abzuwenden. Für viele Händler ist es schon kurz nach zwölf. Allein in der vergangenen Woche verlor der vom Lockdown betroffene Einzelhandel rund fünf Milliarden Euro Umsatz. Im gesamten Jahr 2020 waren es rund 36 Milliarden Euro. Das können die Unternehmen nicht mehr ohne Hilfe kompensieren. Der HDE fordert deshalb in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Perspektive für den Handel und die Anpassung der staatlichen Unterstützung, damit der vom Lockdown betroffene Einzelhandel spürbare und schnelle Hilfe bekommt.

Auch zum Start in das neue Jahr belasten die hohen Corona-Infektionszahlen und der Lockdown die Stimmung der Verbraucher. So zeigt das HDE-Konsumbarometer für die kommenden Monate eine Verschlechterung der Verbraucherstimmung an. Der Index fällt damit bereits den dritten Monat in Folge und liegt deutlich unter seinem Wert vom Beginn des Vorjahres. Die Verbraucher wollen in den ersten Monaten nach dem Jahreswechsel mehr sparen, ihre Anschaffungsneigung geht weiter zurück. Der Negativ-Trend für den Konsum setzt sich damit fort. Hauptgrund ist der Lockdown, der den Konsum in Einzelhandel, sowie in Gastronomie und Kultur einschränkt oder vollständig verhindert. In der Folge sehen Verbraucher im Januar davon ab, größere Ausgaben zu planen. Die Konsumzurückhaltung hängt aber auch mit pessimistischen Einkommenserwartungen zusammen. Trotz des bislang robusten Arbeitsmarktes haben Verbraucher im Januar mögliche negative Auswirkungen längerer Lockdown-Phasen im Blick.